

Baumbach, Jürgen

Regionale Schulentwicklungsplanung in Ostdeutschland

Die Deutsche Schule (1992) 3, S. 260-271



Quellenangabe/ Reference:

Baumbach, Jürgen: Regionale Schulentwicklungsplanung in Ostdeutschland - In: Die Deutsche Schule (1992) 3, S. 260-271 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-312249 - DOI: 10.25656/01:31224

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-312249>

<https://doi.org/10.25656/01:31224>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

Jürgen Baumbach

Regionale Schulentwicklungsplanung in Ostdeutschland

260

Die Bildungsplanung in den neuen Bundesländern hat es nicht nur mit schulinternen Problemen zu tun, sondern sie muß sich mit einer ganzen Reihe externer (regionaler, demographischer) Faktoren auseinandersetzen. Nicht zuletzt dürfte es schwierig sein, das Bildungs(wahl)verhalten der Eltern zu antizipieren.

Peter Rost und Anne Wessel

Schulwahl – ein neues Problem für Schüler und Eltern in Ostberlin

272

Das „neue“ Bildungswesen in den neuen Bundesländern gibt den Eltern die Chance, für ihre Kinder zwischen verschiedenen Schulformen zu wählen. – Wie nehmen sie diese Chance wahr, welche Angebote finden Resonanz, welche Erwartungen sind damit verbunden? Eine erste Bilanz versucht, diese Fragen zu klären: Mit einem bedrückenden Ergebnis!

Günter Schreiner

Demokratie-feindliche Schule dort, demokratie-freundliche Schule hier?

Eine vergleichende Erkundung bei SchülerInnen der 11. Klassenstufe in Ost- und Westdeutschland

282

Die Schule der DDR habe ihre Schülerinnen und Schüler indoktriniert und ihre Bereitschaft zum sozialen, politischen Engagement untergraben. – Solche Urteile werden durch eine vergleichende Untersuchung nicht bestätigt. Im Gegenteil: Der Erziehung zur Demokratie stellen Schülerinnen und Schüler in westlichen Schulen gar kein so gutes Zeugnis aus.

„Beziehungsstrukturen“ sind bekanntermaßen ein wichtiger Zielbereich didaktischen Handelns. Hier wird eine umfassende Kriteiensammlung zu Komplexen wie Lehrerverhalten, Schulklima, Schulleben, Unterrichtskonzepte usw. vorgestellt. Diese Kriterien können hilfreich sein, wenn Kollegien ihre Arbeit unter dem Aspekt des Sozialen Lernens weiterentwickeln wollen.

Gabriele Schöll

Selbständiges und aufmerksames Lernverhalten in Phasen Freier Aktivitäten

Ergebnisse zweier Beobachtungsstudien

314

Offenere Unterrichtsformen wecken neuerdings viel Engagement und Begeisterung. Ebenso wichtig ist es aber, kritisch hinzusehen, welche Prozesse in solchen Lernphasen wirklich ablaufen. Dies wird hier in Hinblick auf Selbständigkeit und Aufmerksamkeit systematisch zu erfassen versucht. Die Untersuchung soll dazu beitragen, die Möglichkeiten offener Unterrichtsformen realistisch einzuschätzen.

Melitta Gerich und Eiko Jürgens

Wochenplanarbeit als Methode der Inneren Differenzierung

Erfahrungen eines Praxisversuchs in der 5. und 6. Jahrgangsstufe

328

Offenere Unterrichtsformen verändern nicht nur in der Grundschule den Unterricht konsequent. Auch in der Orientierungsstufe können sie dazu beitragen, die ursprünglichen Zielsetzungen einer weitgehend selektionsfreien Schulstufe mit Integration und innerer Differenzierung besser zu realisieren.

Hannelore Faulstich-Wieland und Marianne Horstkemper

„Ohne Jungs fehlt der Klasse der Pep!“

Koedukation aus der Sicht von Schülerinnen und Schülern

348

Über Koedukation ist in dieser Zeitschrift wiederholt geschrieben und gestritten worden. Hier kommen nun die Betroffenen zu Wort: Diese begrüßen die Trennung der Geschlechter keineswegs – obgleich die Beziehungen zwischen Mädchen und Jungen nicht unproblematisch sind. – Weitere konzeptionelle Überlegungen sind nötig.

Uwe Hameyer

Der Funktionswandel von Lehrplänen

Orientierungspunkte und Entscheidungsfelder der Lehrplanrevision

361

Lehrpläne sollen helfen, die „Leitideen“ zeitgemäßen Unterrichts zu verwirklichen: Fächerübergreifendes Lernen, Grundbildung für alle und die Schlüsselprobleme soziokultureller Entwicklungsprozesse. Dies muß in den Entscheidungsfeldern Schule, Unterricht, Lernmedium und Lehrplanung umgesetzt werden. An einem Beispiel wird dieser Funktionswandel demonstriert.

Neuerscheinungen

- Andreas Fischer: Das Bildungssystem der DDR
Bernhard Muszynski (Hg.): Deutsche Vereinigung
Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß
Klaus Klemm, Wolfgang Böttcher und Michael Weegen: Bildungsplanung in den
neuen Bundesländern
Franzjörg Baumgart: Zwischen Reform und Reaktion
Herbert Deppisch und Walter Meisinger: Vom Stand zum Amt
Wilfried Breyvogel (Hg.): Piraten, Swings und Junge Garde
Josef Hoben (Hg.): Der dornige Schulweg
Eva Tesar (Hg.): Hände auf die Bank
Reidar Myhre: Autorität und Freiheit in der Erziehung
Hellmut Becker/Frithjof Hager: Aufklärung als Beruf
Wolfgang Klafki: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik
Werner Habel: Wissenschaftspropädeutik
Hermann Röhrs: Die Reformpädagogik und ihre Perspektiven für eine Bildungs-
reform

In den neuen Bundesländern erfolgt derzeit ein *Umbau der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen*, dessen quantitative und qualitative *Dimension* sowie zeitlicher Ablauf mit bisherigen Entwicklungen in der *westdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte unvergleichlich* sind. Das betrifft auch die Umgestaltung des Schulsystems der ehemaligen DDR, baut doch das neu installierte gegliederte Schulsystem auf die ausnahmslos rechtliche und faktische Schließung von fast 6000 Schulen auf. Unmittelbar davon betroffen sind zwei Millionen Kinder und Jugendliche, deren Eltern sowie mehrere hunderttausend Lehrer.

Die *Schwierigkeiten bei der Etablierung* bzw. weiteren Ausgestaltung *des neuen Schulsystems* bestehen u. a. darin, daß Schulentwicklungsplanung zur kommunalen Pflichtaufgabe in einer Gesellschaft geworden ist, die bisher kein dezentrales Handeln kannte. Verwaltungen müssen sich mit dieser Aufgabe befassen, die keinerlei Erfahrungen im Umgang mit den neuen Schulstrukturen haben konnten, die mit ungewissen Schullaufbahnentscheidungen der Elternschaft, ungenauen Kenntnissen über Schülerzahlentwicklung u. a. konfrontiert sind.

In diesem Aufsatz geht es nicht um eine historisch-kritische Bewertung der Beziehung zwischen zentralistischer Schulentwicklungsplanung und Schulbau auf der einen und den in der ehemaligen DDR vorherrschenden schulpolitischen und pädagogischen Konzepten auf der anderen Seite. Anknüpfend an Schriften des Dortmunder Instituts für Schulentwicklungsforschung und der Max-Träger-Stiftung (Entwicklung kommunaler Bildungsangebote in Großstädten; Schulentwicklungsplanung) zur Schulentwicklungsplanung in Ostdeutschland werden diesbezüglich *einige ausgewählte Problembereiche – am Beispiel des Landes Brandenburg und Berlin(Ost) – abgehandelt*. Angesichts des besonderen Spannungsverhältnisses zwischen schulsysteminternen und -externen Wandlungen, das die Entfaltung des neuen Schulsystems in Ostdeutschland sehr wesentlich prägt, wird auf einige *Aspekte der Beziehungen zwischen Schulentwicklungsplanung und Raumordnung* aufmerksam gemacht.

Regionale Schulentwicklungsplanung im Flächenstaat Brandenburg

Die aktuelle Schulstruktur

Im Schuljahr 1990/91 existierten im Land Brandenburg 831 polytechnische Oberschulen sowie 80 polytechnische Teiloberschulen mit insgesamt 322.500 Schülern in den Klassen 1 bis 10. Hinzu kommen noch 44 Erweiterte Oberschulen (5500 Schülern in den Klassenstufen 11 und 12), 4 Kinder- und Jugendsportschulen (1400 Schüler in den Klassen 4 bis 13) und 6 Spezialschu-

len (15000 Schüler der Klassen 7 bis 12). Diese Schulen bildeten mehrheitlich die räumlich-baulichen Grundlagen der Etablierung des mehrgliedrigen Schulsystems, das 563 eigenständige Grundschulen, 300 Gesamtschulen, davon 35 mit gymnasialer Oberstufe, 79 Gymnasien und 68 Realschulen sowie 120 Schulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung umfaßt. Wird die *Verteilung der Schüler auf die einzelnen Schulformen* betrachtet, so ist auf eine Besonderheit hinzuweisen, die mit der noch nicht abgeschlossenen Umstrukturierung des brandenburgischen Schulwesens zusammenhängen. So existieren in Brandenburg neben den neu etablierten Schulformen noch selbständig auslaufende Schulen (POS und EOS). Die auslaufenden 9. und 10. Klassen der POS werden in der Schulstatistik 1991/92 denjenigen Schulformen zugerechnet, denen sie gegenwärtig organisatorisch angegliedert sind. Außerdem werden aus organisatorischen Gründen und aufgrund räumlicher Bedingungen an einigen Schulstandorten Sek.-I-Klassen der Klassenstufen 7 und 8 an Grundschulen geführt. Die Analyse der Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Schulformen bezieht sich deshalb auf die Klassenstufe 7:

- 57,1% der Schüler besuchten eine Gesamtschule,
- 23,4% dieses Jahrgangs waren auf dem Gymnasium,
- 11,4% sind Realschüler,
- 3,3% der Sek.-I-Klassen sind an auslaufenden Schulformen und Grundschulen noch angegliedert (vorl. Daten, S. 5).

Auch wenn die Dominanz der Schüler an den Gesamtschulen nicht zu übersehen ist, wurde bereits im Schuljahr 1991/92 das Gymnasium von den Schülereltern favorisiert. So gab es 8254 Schüler an der gymnasialen Oberstufe (Klassen 11 bis 13) im Vergleich zu nur 1179 Schülern der Klassen 11 bis 13 an den Gesamtschulen. Ähnlich wie in Ostberlin scheint sich ein weiterer Trendwechsel zugunsten des Gymnasiums anzudeuten, vor allem da, wo es bereits ein Gymnasium mit dem Sek.-II-Bereich gibt (Creaming-Effekt). Die *Schulkonkurrenz zwischen Gymnasium und Gesamtschule* ist bereits in jenen Regionen Brandenburgs entschieden, die in unmittelbarer Nachbarschaft Berliner Oberschulen liegen. Zudem wirkt sich in der Aufbauphase nachteilig für die Gesamtschule aus, daß nur 15% dieser Schulform eine gymnasiale Oberstufe aufweisen. Auch die 40 Oberstufenzentren können dies nicht kompensieren, haben doch nur 23 eine gymnasiale Oberstufe. (Berliner Zeitung vom 7. 4. 1992).

Neue Schulstrukturen im „Korsett“ der Zweizügigkeit

Die *baulich-räumlichen Verhältnisse des neuen Schulsystems* sind durch eine desolate Bausubstanz, unzureichendem Raumzuschnitt und unzeitgemäße Fachraumausstattung gekennzeichnet (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport). Raumverluste in den früheren Polytechnischen Zentren durch die Auflösung ehemaliger Volkseigener Betriebe bzw. die Schließung dieser Zentren infolge sogenannter betrieblicher Kosteneinsparung haben die Situation weiter verschärft. Diese schlechte *Raumsituation* läßt sich beliebig in allen Funktionsbereichen der Schulen nachweisen. So sind 13% der Sporthallen in einem schlechten baulichen Zustand, 17% der Hallen haben

keine Sanitäreinrichtungen und 30% weisen keine oder nur unzureichende Heizung auf.

Ein besonderes Problem bei der Überführung des Einheitsschulsystems in ein strukturell ausdifferenziertes Primar- und Sekundarschulwesen ist die *geringe Zügigkeit der ehemaligen Polytechnischen Oberschulen*. Die zweizügige Polytechnische Oberschule galt in der ehemaligen DDR als optimale Schulgröße. Das hatte vor allem *zwei Gründe*:

Zum einen wurde in dem damals vorherrschenden pädagogischen Konzept der Kollektiverziehung, einschließlich der Prägung der Schule als „Kollektiv“ von Lehrern und Schülern, eine zentrale Rolle eingeräumt. Zweizügige Schulen waren für die Schulleitung sowie für die politischen Organisationen an den Schulen gut überschaubar, denn der einzelne konnte sich kaum den Maßnahmen zur „kommunistischen Erziehung“ entziehen. Zum anderen war diese Betriebsgröße der Schule auch politisch besser zu führen im Sinne der „Erziehung der Erzieher“ durch den Direktor. So wird in einem bildungsökonomischen Handbuch in bezug auf sowjetische Erfahrungen bekräftigend hervorgehoben, daß „vor allem das einheitliche pädagogische Handeln als unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg pädagogischen Bemühens . . . nur durch das direkte, unmittelbare, ständige Einwirken des Direktors auf die Mitglieder des Pädagogikkollektives herzustellen“ sei (Zur Ökonomie und Planung 1985, S. 37). Die vorherrschende *Zweizügigkeit des DDR-Einheitsschulsystems ist pädagogisch-funktionell* für die dem pluralistischen Schulsystem zugrundeliegenden Konzepte nicht hinreichend geeignet, weil die stärker auf äußere Differenzierung des Unterrichts angelegte Pädagogik den Raumbedarf der Einzelschule erhöht. Diese *baulich-räumlichen Bedingungen stehen steigenden Schülerzahlen* bis Mitte der neunziger Jahre und einem darauffolgenden abrupten Rückgang, einer ohnehin sehr *geringen Siedlungsdichte* in den ländlichen Räumen und *Bildungsexpansion* entgegen. Im folgenden werden einige schulplanerisch relevante Problembereiche entfaltet.

Demographische Entwicklungstrends

Ein Vergleich der Eckzahlen des Schuljahres 1991/92 mit denen des Vorjahres zeigt, daß die *Schülerzahlen in allen Bildungsbereichen gestiegen* sind. Im allgemeinbildenden Bereich ist eine Steigerung von über 4% (von 345 891 auf 360 705 ohne REHA-Einrichtungen bzw. Schulen für Geistigbehinderte) und im berufsbildenden Bereich um knapp 35% (von 41 028 auf 55 295) zu beobachten (vorl. Daten, S. 3). Diese Erhöhung des Schüleraufkommens trotz gegenläufiger Wanderungsbewegungen ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Geburtenjahrgänge der Schulanfänger erheblich stärker besetzt sind als die Jahrgänge der ausscheidenden Schüler der Klassen 10 und 12. Hinzu kommt die massiv gestiegene Bildungsbeteiligung im Sek.-II-Bereich. Die Zuwächse im berufsbildenden Bereich sind hauptsächlich der verlängerten Ausbildungszeit auf 3 Jahre geschuldet. Diese erhöhten Schülerzahlen *verschärfen* zweifelsohne die *Schulraumsituation*. Erschwerend ist nicht nur die Tatsache, daß *Brandenburg – neben Mecklenburg-Vorpommern – zu den dünnbesiedeltsten Gebieten Deutsch-*

lands zählt. Viele Regionen Brandenburgs zeichnen sich zudem durch große Strukturschwächen aus wie hoher Anteil der landwirtschaftlichen Produktion sowie der Stahl- und Braunkohlenindustrie an der Gesamtwirtschaft des Landes. Der Ab- und Umbau dieser Wirtschaftsbereiche kann zu beträchtlichen *Binnenwanderungen* führen, so daß die *Bildungsvölkerungsdichte* in den betroffenen Regionen weiter zuungunsten der vorhandenen schulischen Infrastruktur *abnimmt*.

Das *demographische Tief* verschärft langfristig noch die Situation. 1991 wurden im Land Brandenburg nur noch 19951 Kinder geboren. Im Vergleich – 1990 gab es in der Gruppe der 0 bis unter 1 Jahr alten Kinder noch 29040, die davorliegenden Geburtsjahrgänge hatten sogar eine Stärke zwischen 35000 und 38000 Kindern (Statistische Berichte Brandenburg 1992; Eheschließungen, Geborene 1991). Die Quoten des dramatischen Geburtenrückgangs sind *in den Städten und in den ländlichen Gebieten fast gleich*. So wurden in Potsdam 1991 nur noch 959 Kinder lebend geboren. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Rückgang von rund 40%. Im Landkreis Templin, einer der bevölkerungsärmsten Kreise von Brandenburg, wurden nur noch 256 Lebendgeborene registriert; ein Rückgang zu 1990 um ebenfalls 40%.

Die Umsetzung der neuen Schulstruktur in dünnbesiedelten Landkreisen wie Templin war ohnehin mit erheblichen Problemen verbunden (s. Böttcher, Budde, Klemm, Meergans 1992). An die Stelle der gegenwärtigen Jahrgangsbreite von 500 bis 550 Templiner Kindern in den 12 Grundschulen dieses Kreises werden ab Schuljahr 1996/96 mit hoher Wahrscheinlichkeit Jahrgangsbreiten von unter 300 Kindern treten. Für das Land Brandenburg ergeben sich zunächst *erhebliche Bestandsicherungsprobleme* für die Grundschulen und – nach der Jahrhundertwende – auch für den Sekundarschulbereich. Aus alledem folgt, daß dieses *neue Schulsystem* vor allem wegen der baulich erzwungenen *kleinen Betriebsgrößen* sehr labil ist hinsichtlich solcher planungsrelevanten Determinanten wie *demographisch* bedingte *Schülerzahlentwicklungen* und Schullaufbahnentscheidungen.

Die *Gesamtschule* als entscheidender Teil des Brandenburger Schulsystems bieten keine hinreichenden Lösungen für die anstehenden Probleme; die Umsetzung des ihr zugrundeliegenden pädagogischen Konzepts benötigt ein vergleichsweise *großes Schüleraufkommen, hohen Lehrbesatz* sowie *viele Unterrichtsräume* pro Einzelschule. Die Dominanz der *Regionstypen mit geringer Bevölkerungsdichte* in Brandenburg erfordert die Erarbeitung spezieller Verfahren und Methoden für *Schulentwicklungsplanung*. Angesichts der *regionalen Bedeutung der Schule* als qualitatives Element der Siedlungsstruktur, als Basisinstitution zur Vorbereitung auf das Leben und als regionalökonomische Agentur ist für *Schulentwicklungsplanung* zwingend eine *raumordnungspolitische Sichtweise* erforderlich.

Für den Erhalt der Schulstandorte wären deshalb die Beziehungen am sozialen Umfeld zu nutzen. Über eine *Erweiterung ihres Aufgabenspektrums* könnten die Schulen sinnvoll ausgelastet werden, wodurch sich wiederum auch neue Impulse für die soziokulturelle Entwicklung der Siedlungen ergeben werden. Deshalb müssen „schulplanerische Maßanzüge vor Ort“

erstellt werden, um die Wohnortnähe der Grundschulen, Ausgewogenheit des schulischen Angebots und Mindestgröße schulischer Einrichtungen in Übereinstimmung zu bringen. So ist z. B. die *Dezentralisierung des Schulnetzes* durch Flächenschulen denkbar. In diesem Zusammenhang könnten Varianten des *mobilen Lehrereinsatzes* zur Anwendung gelangen. Das verlangt auch die Anwendung *pädagogischer Konzepte* für jahrgangübergreifenden Unterricht und hätte somit auch Konsequenzen für die *Lehrerbildung*. Zweifelsohne ist eine solche schulplanerische Herangehensweise perspektivisch nur als *Notlösung* anzusehen.

Beziehungen zwischen Schulentwicklungs- und Raumplanung

Diese Herangehensweise impliziert eine enge *Kooperation zwischen Schulentwicklungs- und Raum- bzw. Landesplanung*. Das Land Brandenburg ist dabei, das in Westdeutschland praktizierte *zentralörtliche Gliederungsprinzip* – nach Christallers Theorie der Zentralen Orte – und die damit verbundenen ordnungspolitischen sowie rechtlichen Regelungsmechanismen zur Verteilung der öffentlichen Investitionen als Verwaltungswissen umzusetzen. So wurde z. B. bei der Festlegung der künftigen Standorte der Oberstufenzentren (OSZ) versucht, die erkennbaren Trends in der Zentralität zentraler Orte des Landes Brandenburg zu berücksichtigen. Die *Relevanz der Zusammenhänge zwischen Bildungs- und Regionalentwicklung* für Politik und Verwaltung wird deutlich, wenn die Beziehungen des Schulwesens zu den nachfolgenden Bildungsstufen sowie deren Verflechtungen mit dem regionalen Beschäftigungssystem betrachtet werden.

Die in den sechziger Jahren aufgeworfenen Fragen einer *Geographie des Bildungswesens* könnten durch die ostdeutschen Realprozesse auf neue Weise ergänzt und aktualisiert werden. Es sollte erwogen werden, inwieweit die während der sechziger, Anfang der siebziger Jahre in Westdeutschland entwickelten Methoden einer *Sozialraumanalyse* für die Umgestaltung der Bildungs- und Lebensverhältnisse in Ostdeutschland hilfreich sein könnten. Aus alledem folgt, daß *bildungsökonomische Forschung*, die politische Entscheidungen im Spannungsfeld von sozioökonomischen und soziodemographischen Transformationsprozessen befördern möchte, sich *sozialwissenschaftlich öffnet und ihre Interdisziplinarität entfaltet*.

Bildungsplanung in Agglomerationszentren, dargestellt am Beispiel Berlins

Ein besonderes Feld regionaler Bildungsplanung sind *Agglomerationen*. Berlin mit über 3 Millionen Einwohnern ist solch ein Agglomerationszentrum, das in mehrerer Hinsicht *spezifische Anforderungen an regionale Bildungsplanung* stellt. Das hängt mit dem *besonderen Entwicklungsverhältnis zwischen bildungssystemexternen und -internen Veränderungen* zusammen, die gegenwärtig besonders im Ostteil der Stadt zum Tragen kommen. Der *historisch einmalige Vorgang des Zusammenwachsens* der beiden *Großstadteile* trägt zum einen die allgemeinen Merkmale des gesellschaftsturellen Umbaus Ostdeutschlands. Zum anderen weist er aber in Berlin phänomenale Charakterzüge auf, die als das „Besondere“ im Unterschied

zum „Allgemeinen“ des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses von Politik und Wissenschaft zu berücksichtigen wären. Die besonderen Charakterzüge bestehen vor allem darin, daß die *Rekonstruktion der gesellschaftlichen Strukturen in Ostberlin* integraler Bestandteil *räumlich-funktionaler Verflechtungsprozesse* mit einem völlig anderen sozialökonomisch strukturierten Stadtstaatgebilde *Westberlin* ist.

Das Schulwesen sollte – in Verbindung mit den anderen Bildungsbereichen und deren Verzahnung mit dem Beschäftigungssystem – als *Faktor von Stadtentwicklung* hinsichtlich der Beförderung sozioökonomischer und sozialstruktureller Wandlungstendenzen wirksam werden. Die *Schwierigkeit* besteht darin, daß die Entwicklung des Ostberliner Schulwesens von eigenen tiefgreifenden Umgestaltungsprozessen auf der einen Seite und den sozioökonomischen, soziodemographischen und kulturellen Wandlungen seiner Rahmenbedingungen auf der anderen Seite geprägt ist.

Im Oktober 1990 beschlossen gemeinsam die Stadtverordnetenversammlung und das Berliner Abgeordnetenhaus, daß ab 1. August 1991 das bisherige Schulgesetz von Westberlin für die Gesamtstadt Gültigkeit erlangt. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes entfiel jede Rechtsgrundlage für das Fortbestehen der 344 Polytechnischen Oberschulen (1. bis 10. Klasse mit 146 135 Schülern) und der 11 Erweiterten Oberschulen (Klassenstufen 11 bis 12 mit 2485 Schülern). An ihre Stelle traten 221 Grundschulen, 8 Hauptschulen, 25 Realschulen, 49 Gymnasien und 56 Gesamtschulen. Für die *Grundschulen* galt die Orientierung, ein engmaschiges flächendeckendes Netz zu schaffen. Hierfür konnten zumeist die Standorte der ehemaligen polytechnischen Oberschulen genutzt werden. Bei der *Installierung der Sekundarschulen* ging es weniger um die Sicherung wohnortnaher Standorte, sondern darum, eine ausgewogene Angebotsstruktur in der Mittel- und Oberstufe zu gewährleisten, die nicht an den Bezirk gebunden sind. Die planerische Umsetzung dieser Vorgaben führte zu einer für die Ostberliner Schüler *bisher ungewohnten Verlängerung der Schulwege im Sekundarbereich I*.

Das Problem, das perspektivisch zum Tragen kommen wird, besteht darin, daß *in den nächsten Jahren mit beträchtlichen innerstädtischen sozialstrukturellen und räumlichen Umschichtungen* – nicht nur im Ostteil – zu rechnen sein wird. In deren Gefolge entstehen neue *Konzentrationsräume bestimmter sozialer Schichten*, die das soziale Milieu und Klima von Stadtgebieten entscheidend prägen. *Bildungsgeographisch* wird sich das in der Dominanz sozialer Gruppen in bestimmten Stadtteilen äußern, die wiederum ein *sozialtypisches Bildungsverhalten* determinieren. Bildungsplanung sollte bereits heute solche Disparitäten entgegenwirken.

Strukturelle Merkmale des Schulwesens in Ostberlin

Die Verteilung der Schüler des Schuljahres 1991/92 in der Mittelstufe auf die verschiedenen Schulformen sowohl innerhalb Ostberlins als auch zwischen Ost- und Westberlin zeigt einige signifikante Unterschiede. Die 54250 Schüler der Sek. I im Schuljahr 1991/92 verteilen sich in Ostberlin wie folgt:
– 1,52% (824 Schüler) besuchen die Hauptschule,

- 12,8% sind Realschüler (absolut 6947),
- 38,1% (20695 Schüler) sind im Gymnasium,
- 47,6% (25784 Schüler) gehen auf die Gesamtschule.

Zwischen den beiden Stadtteilen gibt es – außer dem gymnasialen Bereich – beträchtliche Unterschiede in den Verteilungsquoten der Schüler auf die verschiedenen Schulformen. Besonders auffällig ist die allgemeine Ablehnung der Hauptschule durch die Ostberliner Elternschaft. Nur 1,52% der Ostberliner Schüler besuchen die Hauptschule; in Westberlin hingegen sind es 13,4%. Für diese Unterschiede kann u. a. der höhere Anteil der in Westberlin lebenden Ausländer geltend gemacht werden, leben doch in Ostberlin z. Zt. nur 2314 Ausländer (bis unter 18 Jahren), in Westberlin sind es 81594 (Berliner Statistik, Melderechtlich. . ., 30. 6. 1991).

Werden die Verteilungsquoten der Schüler in der Sekundarstufe I auf bezirklicher Ebene betrachtet, bietet sich ein durch verschiedene Faktoren bedingtes differenziertes Bild. In den ehemaligen Neubaugebieten weist die dortige Bevölkerung das mit Abstand niedrigste Durchschnittsalter von Ostberlin auf. Gleichzeitig verfügen deren Einwohner über die durchschnittlich höchsten Bildungsabschlüsse. Auffällig ist, daß im laufenden Schuljahr in diesen Bezirken die Mehrheit aller Schüler im Sek.-I-Bereich die Gesamtschule besuchen: in Hellersdorf sind 49,8% aller Schüler der Mittelstufe in der Gesamtschule, in Hohenschönhausen 61,8% und in Marzahn 51,6%. In den „älteren“ Bezirken hingegen – die sich durch andere Alters- und Bildungsstrukturen ihrer Einwohner als die der Neubaugebiete auszeichnen – sind gegenwärtig die höchsten Anteile der Schüler im gymnasialen Bereich der Sekundarstufe I festzustellen: in Friedrichshain besuchen 47,9% aller Schüler der Sek. I das Gymnasium, in Köpenick 45,4% und in Lichtenberg 43,5% (berechnet nach: Das Schuljahr).

Die schulplanerischen Problemregionen treten noch deutlicher unter dem Gesichtspunkt der unterschiedlichen räumlichen Verteilung der Schulbevölkerung auf die einzelnen östlichen Bezirke hervor. So sind von den 162184 Schülern Ostberlins allein 70209 in den Schulen von Hellersdorf, Hohenschönhausen und Marzahn zu finden. Das bedeutet, 43,3% aller Ostberliner Schüler der insgesamt 11 Bezirke befinden sich in den Schulen von nur drei Bezirken. Marzahn nimmt in diesem Zusammenhang zur Zeit eine herausragende Rolle mit 31619 Schülern in den Schulen der Grund-, Mittel- und Oberstufe – bei 166662 Einwohnern – ein. Im Vergleich dazu kann der bevölkerungsreichste Bezirk von ganz Berlin – Neukölln – „nur“ 27924 Schüler bei 309402 Einwohnern aufweisen. Diese ungleichgewichtige Verteilung der zu beschulenden Schüler in den östlichen Bezirken hängt gegenwärtig offenkundig damit zusammen, daß in Hohenschönhausen, Hellersdorf und Marzahn 43,4% aller bis unter 18jährigen in Ostberlin leben.

Die Schulraumsituation

Der Sicherung eines ausgewogenen schulischen Angebots in allen Ostberliner Bezirken stehen wie auch in Brandenburg räumliche Restriktionen entgegen. Die Schulgebäude in Ostberlin sind im Vergleich zu Westberlin

beträchtlich kleiner. 25,3% der 344 Schulen sind einzügig, 61% zweizügig und nur 12,8% sind dreizügig (Bildungsökonomische Rahmenbedingungen, S. 92). Das trifft auch auf die nach 1965 gebauten Schulen zu, die immerhin einen Anteil von 62,5% aller Ostberliner Schulen ausmachen. Eine große Zahl kleiner Schulhäuser ist somit nicht für das Sekundarschulwesen geeignet.

Auch die *Ausstattung der Schulgebäude* mit allgemeinen Unterrichts- und Fachräumen ist aus der Sicht der neuen Anforderungen nicht hinreichend. Der durchschnittliche Raumfaktor der 344 Ostberliner Polytechnischen Oberschulen betrug im Schuljahr 1988/89 1,27, wobei es auch hier beträchtliche Unterschiede zwischen den Bezirken und den Schulformen gab. So weisen die Schulen in Hellersdorf, Marzahn und Hohenschönhausen mit Raumfaktoren zwischen 1,03 und 1,26 die niedrigsten Werte aus; die älteren Stadtbezirke hatten mit 1,3 bis 1,45 etwas höhere Werte. Der *Raumfaktor* in den ehemaligen Erweiterten Oberschulen betrug im Durchschnitt 2,02 und war damit wesentlich höher als in den Polytechnischen Oberschulen (Bildungsökonomische Rahmenbedingungen, S. 93). Demgegenüber werden in der Planung Westberlins Raumquoten für Grundschulen von 1,5 bis 1,7; für die Gymnasien von 1,5 bis 1,7 und für die Gesamtschulen von 2,2 bis 2,8 angesetzt. Die angespannte Haushaltssituation Berlins wird dazu führen, daß auf absehbarer Zeit in Ostberlin mit erheblich niedrigeren Raumfaktoren umgegangen werden muß. Die räumlich-bauliche Situation wird sich bis in die zweite Hälfte der neunziger Jahre weiter verschärfen, steigen doch die Schülerzahlen bis zu diesem Zeitpunkt.

Ungleichgewichtige Schülerzahlenentwicklung in den Bezirken Ostberlins

Diese Überlegungen berücksichtigen noch nicht die Restriktion, die bis zur Jahrtausendwende von der *Entwicklung der Schülerzahl* ausgehen werden. Schulpolitik muß sich darauf einstellen, daß in den östlichen Bezirken eine – demographisch bedingte – sehr differenzierte Schülerzahlenentwicklung zur Entfaltung gelangt. Demzufolge wird die schulische Infrastruktur sehr unterschiedlichen Belastungen ausgesetzt sein. Seit 1989/90 ist die *Geburtenquote Ostberlins – ähnlich wie im Land Brandenburg – dramatisch gesunken*. Während der achtziger Jahre wurden im Jahresdurchschnitt etwa 17000 bis 18000 Kinder in Ostberlin geboren (Statistisches Jahrbuch Berlin Ost, S. 44). Bereits 1990 fiel die Geburtenzahl auf 15446 und wird voraussichtlich 1991 – hochgerechnet nach den vom Januar bis September 6787 Lebendgeborenen – auf unter 10000 sinken (Statistische Berichte; Eheschließungen. . . , 1992). Das wird dazu führen, daß zum Schuljahr 1997/98 der Einschulungsjahrgang unter 10000 Kindern liegt (im Schuljahr 1991/92 gab es noch 17630 Erstkläßler). Es ist nicht auszuschließen, daß sich dieser Trend auch über das Jahr 2000 fortsetzt.

Der allgemeine *Geburtenrückgang* zeigt auf bezirklicher Ebene zur Zeit keine signifikanten Unterschiede. So werden z. B. im Bezirk Mitte 1991 – nach den vorliegenden Geburtenzahlen vom Januar bis September 1991 – voraussichtlich nur noch 578 Kinder (1987 1200 Kinder) und im Bezirk

Prenzlauer Berg 1172 Kinder geboren werden (1987 noch 2794). Eine ähnliche Entwicklung ist in den ehemaligen Neubaubezirken zu beobachten: in Marzahn wird sich die Zahl der Lebendgeborenen von 2508 (1987) auf 932 (1991) und in Hohenschönhausen im gleichen Zeitraum von 1597 auf 841 verringern.

Die möglichen Entwicklungstrends der Schülerzahlen in der Grund- und Mittelstufe Ostberlins bzw. in ausgewählten Bezirken der Schuljahre 1991/92, 1995/96 und 1999/2000 sind den folgenden Tabelle zu entnehmen:

		Grundstufe	
Schuljahr	1991/92	1995/96	1999/2000
Ostberlin	101 196	105 903	79 767
Prenzl. Bg.	8 876	10 294	9 190
Marzahn	20 366	15 325	8 385
Hellersdorf	13 333	18 927	14 447
		Mittelstufe	
Schuljahr	1991/92	1995/96	1999/2000
Ostberlin	54 250	66 514	70 810
Prenzl. Bg.	5 021	5 896	6 612
Marzahn	10 564	14 176	11 543
Hellersdorf	4 848	8 042	11 591
		Grund- und Mittelstufe	
Schuljahr	1991/92	1995/96	1999/2000
Ostberlin	155 446	172 417	150 577
Prenzl. Bg.	13 897	16 163	15 802
Marzahn	30 930	29 503	19 928
Hellersdorf	18 181	26 967	26 036

(Eigene Berechnungen nach der Bevölkerungs- und Schulstatistik des Statistischen Landesamtes von Berlin. Der Einfachheit halber wurde die Stärke eines Geburtenjahrganges mit dem entsprechenden Einschulungsjahrgang gleichgesetzt.)

Folgende Trends kommen zum Vorschein:

– In *Ostberlin* entwickelt sich die *Schülerzahl* in den Grund- und Mittelstufen auseinander. So gehen bis Ende dieses Jahrzehnts die Schülerzahlen im Grundschulbereich infolge der geburtenschwachen Jahrgänge ab Mitte der zweiten Hälfte der neunziger Jahre beträchtlich zurück. Dagegen steigen im gleichen Zeitraum die Schülerzahlen in der Mittelstufe, so daß z. B. mit einem absoluten Wachstum der Schüler im gymnasialen Bereich zu rechnen ist. Insgesamt bleibt die Gesamtzahl der Schüler in der Grund- und Mittelstufe fast konstant.

– Im *Prenzlauer Berg* – einem „alten“ Bezirk – gibt es in diesem Zeitraum sowohl in der Grundstufe als auch in der Mittelstufe keine signifikanten

Bewegungen. Eine ähnliche Entwicklung ist auch in den Bezirken Friedrichshain, Mitte und Lichtenberg zu beobachten.

– In *Marzahn* entfernen sich die Kinder- und Schülerbestände von einem extrem hohen Ausgangsniveau. Der Rückgang tritt insbesondere in der Grundstufe auf. In der Mittelstufe ist eine relative Konstanz festzustellen. Insgesamt verringert sich die Schülerzahl in der Grund- und Mittelstufe von 30930 auf 19928.

– Eine Ausnahmestellung nimmt *Hellersdorf* ein: In diesem Bezirk steigen kontinuierlich die Schülerzahlen bis 2000 in allen beiden Stufen, besonders aber in der Mittelstufe. Dies bedeutet für die Schulentwicklungsplanung eine ganz erhebliche Herausforderung.

Zu vermerken ist, daß bei diesen Berechnungen *noch nicht die Oberstufe berücksichtigt* wurde.

Wandel des Schulwahlverhaltens der Eltern

Die Übergangsquoten als wesentlicher Faktor für die Berechnung der Schülerzahlentwicklung sind zur Zeit in Ostberlin durch *beträchtliche Schwankungsbreiten* geprägt. In Hellersdorf sind z. B. im laufenden Schuljahr 35,1% aller Schüler der Mittelstufe im Gymnasium und 49,7% sind in der Gesamtschule. Eine vom Hellersdorfer Schulamts veranlaßte Elternumfrage im Dezember 1991 bei den Eltern der jetzigen 5. und 6. Klassen brachte zum Ausdruck, daß sich offenkundig das *Schulwahlverfahren der Eltern drastisch verändert* hat:

– 47% der Eltern der jetzigen 5. und 45,3% der 6. Klassen entschieden sich für das *Gymnasium*. Zum Vergleich: gegenwärtig besuchen 35,1% der Schüler in der Sek. I das Gymnasium.

– 27% bzw. 29,3% der Eltern der 5. bzw. 6. Klassen favorisierten für ihre Kinder die *Realschule*. Zur Zeit sind es nur 13,4%.

– Die *Gesamtschule* hat offenkundig an Attraktivität bei der befragten Elternschaft verloren: nur noch 21,7% bzw. 22% der Eltern der 5. bzw. der 6. Klasse haben für ihre Kinder diese Schulform ausgewählt. Im Vergleich dazu sind gegenwärtig 49,7% der Schüler im Sek.-I-Bereich in der Gesamtschule (Schulamts Hellersdorf).

Es ist anzunehmen, daß dieser Trend auch für die anderen Bezirke Ostberlins zutrifft.

Abschließende Bemerkungen

Die Eckdaten der aktuellen Schulentwicklung in den Ländern Brandenburg und Berlin zeigen mit aller Deutlichkeit, welche besonderen Anforderungen an die Schulentwicklungsplanung gestellt werden, sind doch die schulsysteminternen Wandlungsprozesse sehr eng mit den schulsystemexternen Veränderungen verflochten. Dieses Schulsystem muß – trotz aller bestehenden regionalen Variationen – als ausgesprochen anfällig für Veränderungen, wie demographisch bedingte Schülerzahlentwicklung und Schullaufbahnentscheidungen der Elternschaft, eingeschätzt werden. Diese Bewertung gebietet dringend, bereits heute Überlegungen für die mittel- und langfristige Entwicklung des Schulwesens der neuen Länder anzustellen. Auch

wenn die Rahmenbedingungen der Schulentwicklung in Ostberlin mit denen des Landes Brandenburg schwerlich zu vergleichen sind, gibt es doch in einem ganz wesentlichen Sachverhalt eine gewisse *Parallelität künftiger schulplanerischer Herausforderungen*: Der rapide Geburtenrückgang in Ostberlin und Brandenburg, der 1990/91 einsetzte – und dessen künftige Entwicklung zur Zeit nicht eingeschätzt werden kann, wird dazu führen, . . .

- daß ab 1997 die Einschulungsjahrgänge beträchtlich zurückgehen und Standorte der Grundschulen massiv gefährdet sind;
- daß – zeitlich versetzt – die Aufteilung der Grundschulabsolventen dieser geburtenschwachen Einschulungsjahrgänge auf die verschiedenen Bildungswege die etablierte Schulstruktur einer erneuten ungewöhnlichen Belastung aussetzen.

Daraus folgt, daß die *Überwindung des „Korsetts der strukturellen Zweizügigkeit“* der ehemaligen Polytechnischen Oberschule durch Schulbaumaßnahmen Entscheidungen über langfristige tragfähige Schulstandorte voraussetzt. Das erfordert wiederum *Abstimmungen mit einer Vielzahl bildungs- und schulpolitisch relevanter Politikbereiche wie z. B. der Raumordnungspolitik*.

Die hier dargelegten bildungsökonomischen Sachzwänge, initiieren die gleiche Frage, wie sie bereits Klemm hinsichtlich der ostdeutschen Schulentwicklung stellte, *ob denn der Transfer des westdeutschen gegliederten Schulsystems überhaupt ein Beitrag zur Problemlösung der neuen Länder sei* (Klemm, 2. IFS-Fachkongreß, S. 55).

Literatur

Berliner Statistik: Eheschließungen, Geborene und Gestorbene in Berlin, Januar 1991 bis Juni 1991.

Berliner Zeitung vom 7. 4. 1992.

Bildungsökonomische Rahmenbedingungen der Schulreform in Berlin(Ost). Bildungswesen aktuell 19/1990. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, Berlin 1990.

Budde, H.: Der Landkreis Templin. In: Schulentwicklungsplanung. Eine Handreichung für die neuen Länder, 1992.

Das Schuljahr 1991/92 in Zahlen. Senatsverwaltung für Schule, Berufsbildung und Sport. Berlin, 1992.

Entwicklung kommunaler Bildungsangebote in Großstädten. 2. IFS-Fachkongreß. Werkreihe des IFS, Werkheft 36. Dortmund, 1991.

Klemm, K.: Schulentwicklung in den Großstädten der neuen Länder. In: Entwicklung kommunaler Bildungsangebote in Großstädten. 2. IFS-Fachkongreß. Dortmund, 1991.

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im Land Brandenburg: Presseinformationen, 1992.

Schulamt Hellersdorf: Unveröffentlichtes Manuskript, Januar 1992.

Schulentwicklungsplanung. Eine Handreichung für die neuen Länder-Böttcher, W./ Budde, H./Klemm, K./Meergans, H., MTS-Script, Max-Träger-Stiftung Frankfurt a. M., 1992.

Statistische Berichte: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Bevölkerung nach Alter und Geschlecht im Land Brandenburg am 31. 12. 1990.

Statistischer Bericht Brandenburg: Eheschließungen, Geborene und Gestorbene, April 1992.
Statistisches Jahrbuch Berlin (Ost): Hrsg. Statistisches Amt der Stadt Berlin. Berlin im Juli 1990.
Vorläufige Daten aus dem Schulbereich. Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Potsdam, 1992.
Zur Ökonomie und Planung des Volksbildungswesens, Heft 4: Entwicklung des Netzes und der Grundfonds der Volksbildungseinrichtungen. Verlag Volk und Wissen, Berlin 1985.

Jürgen Baumbach, geb. 1942, Dr. oec.; bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ökonomie und Planung des Volksbildungswesens der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften; zur Zeit beschäftigt im Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e. V., Berlin.

Anschrift: Sulzfelder Str. 4, O-1120 Berlin